Heute „Technische Rundschau"

Morgen-Ausgabe

Einzelnummer 300 M.

Erscheint wöchentl. zweimal. Illustr. Gratis-Wochenschriften: Sonntags „Der Weltspiegel", Dienstags „Modenspiegel", Mittwochs „Technische Rundschau", Donnerstags „Sportspiegel", Freitags Wochblatt „ULK", Sonnabends „Haus Hof Garten". Bezugspreis: Für den Monat Juni M. 12 500.— einschl. Zustellg. d. die Botenfrau, Ausl. ausschl. Postaufschl. bezw. Kreuzbandporto. Auslands-Bezug d. die Hauptexped., Berlin SW. 19, u. d. die Postanstalten in Deutsch-Oesterr., Tschechoslowak., Ungarn, der Schweiz, Luxemburg, Belgien, Frankreich, d. Niederl., Dänemark, Schwed., Norweg., Finnland, Lettland, Estland; für alle übrig. Staaten ist d. Bezug nur mit Kreuzb. d. die Exped. d. Bl. mögl. Abonnementspreserhöhungen vorbehalten. Im Falle höh. Gewalt od. Streiks hab. unz. Bezieh. kein. Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entspr. Entgelts. In Groß-Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Str. 46—49 u. den Filialen. (Fernspr.: Dönhoff 5440—5455, für den Fernverkehr 4207—4209.) Telegr.-Adr.: „Berlinba", Berlin. — Rudolf Mosse-Code. Insertionspreis: Die 12gespalt. Zeile M. 4000.—, Familien-Anzeigen M. 2000.—, Nachrufe nach üblichem Tarif. Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben od. an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Str. 46/49. Filialen: Leipziger Str. 103; Potsdamer Str. 33; Zimmerstr. 99; Königstr. 56/57; Rosenthaler Str. 48; Schönhaus. Allee 144; Moritzplatz; Kupeniek. Str. 67/68; Nathenow. Str. 5; Turmstr. 61; Schiffbauerdamm 4; Rochhausstr. 8; Gr. Frankf. Str. 101; Frankf. Allee 286 u. 346; Blücherstr. 69; Fidicinstr. 9; Wiener Str. 1/6; Greifswalder Str. 197; Fennstr. 1; Müllerstr. 135; Badstr. 61; Rheinsberger Str. 79; Charlottenburg: Lauenzienstr. 2; Kantstr. 34; Scharrenstr. 39; Nürnberger Str. 29/30; Kaiserdamm 29; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunewald: Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 43/94; Kaiser-Friedrich-Str. 247/48; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Straße 3; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Straße 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Kriillostr. 7; Weißensee: Streustr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserplatz 13. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Breslau, Schweidnitzer Str. 21/22; Cöpenick: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 2; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Straße 47; Stettin: Paradeplatz 8.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 249

Mittwoch, 30. Mai 1923

52. Jahrgang

Das Garantieangebot der Landwirtschaft

Gleichfalls 200 Millionen Goldmark.

100 Millionen als Anteil der Banken und des Handels in Aussicht genommen. — Die Beratungen.

L. L. Nachdem der Reichsverband der deutschen Industrie in der gestern veröffentlichten Erklärung seine Stellungnahme zur Garantiefrage dargelegt hat, haben sich auch die Vertretungen der deutschen Landwirtschaft gestern den ganzen Tag über mit dieser Garantiefrage beschäftigt. Nach einer Sitzung, an der gestern vormittag die führenden Persönlichkeiten des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft und des Reichslandbundes teilnahmen, fand eine abermalige Zusammenkunft am Nachmittag statt, die zu endgültigen Beschlüssen führte. Danach erklärt sich die deutsche Landwirtschaft grundsätzlich bereit, sich an einer Garantieleistung für das neue deutsche Angebot zu beteiligen. Sie sei bereit, die gleiche Summe auf sich zu nehmen, wie die deutsche Industrie. Die Garantierung müsse allerdings von gewissen Voraussetzungen abhängig gemacht werden. Dazu gehöre nach außen hin, daß das Reparationsproblem eine endgültige Lösung finde, nach innen insbesondere, daß sich der Staat jeden zwangsmäßigen Eingriffes, der die Produktion behindern könnte, wie z. B. Enteignungen, enthalte. Die Landwirtschaft ist nämlich der Auffassung, daß, wenn sie ihre Kräfte in den Dienst der Lösung des Reparationsplans stelle, der Produktion keinerlei Fesseln angelegt werden dürfen und jede Zwangswirtschaft fortfallen müsse.

Nach Beendigung der Nachmittagssitzung begaben sich die führenden Persönlichkeiten der deutschen Landwirtschaft zum Reichskanzler, dem sie von ihren Beschlüssen Mitteilung machten. Nachdem nun von den 500 Millionen Goldmark, die nach der Berechnung des Reichsverbandes der Industrie als Garantie jährlich durch die deutsche Gesamtwirtschaft aufgebracht werden sollen, 400 von Industrie und Landwirtschaft zu gleichen Teilen übernommen worden sind, bleiben noch 100 Millionen, die vom Handel und Bankwelt aufgebracht werden sollen. Während die Garantieleistung bei der Industrie und der Landwirtschaft durch die Ausgabe von Goldhypotheken erfolgen soll, wird die Heranziehung des Handels und der Banken wahrscheinlich durch die Schaffung von Goldobligationen vor sich gehen, da bei diesen Wirtschaftszweigen die Verhältnisse anders liegen, als auf industriellem und landwirtschaftlichem Gebiet.

Gleichzeitig mit den landwirtschaftlichen Vertretungen hat sich gestern vormittag auch der Vorstand des Reichsverbandes der deutschen Industrie noch einmal mit der Garantiefrage beschäftigt, worauf nachmittags eine von etwa 200 bis 250 Mitgliedern besuchte gemeinsame Sitzung des Verbandes und des Hauptausschusses des Industrieverbandes folgte. In diesen Beratungen wurde die Denkschrift des Industrieverbandes an die Reichsregierung eingehend erörtert. Geheimrat Bücher, Rechtsanwalt Dr. Lanner und Dr. Silverberg hielten die Referate über das Memorandum, das nach längerer Aussprache gegen sechs Stimmen die Billigung des Vorstandes und Hauptausschusses fand. In industriellen Kreisen erklärt man, daß die Industrie nicht beabsichtige, die Reichsbetriebe der Staatshoheit zu entziehen, wie vielfach aus der Denkschrift herausgelesen worden sei. Vielmehr sollten diese Unternehmen nach wie vor der Staatsaufsicht unterstehen, jedoch auf privatwirtschaftlicher Grundlage aufgebaut werden. Die gestrige Sitzung des Industrieverbandes war bis auf weiteres die letzte zur Beratung der Garantiefrage. Neue Besprechungen mit der Reichsregierung sind ebenfalls vorläufig nicht anberaumt. Vor seinen gestrigen Besprechungen mit den Wirtschaftlern empfing der Reichskanzler vorgestern abend die Führer der volksparteilichen, der demokratischen und der Zentrumsfraktion. Die Unterhaltung mit Dr. Cuno drehte sich vornehmlich um die spezielle Frage der Leistungsfähigkeit sowie um das Memorandum des Reichsverbandes der deutschen Industrie, das in gewissen Punkten kritisiert wurde. Die Besprechungen zwischen der Reichsregierung und den Parteien werden fortgesetzt werden. An einem der nächsten Tage werden auch die Gewerkschaften zu dem beabsichtigten Schritt der Regierung und insbesondere zu der Denkschrift des Industrieverbandes Stellung nehmen. In Gewerkschaftskreisen beabsichtigt man, ebenfalls ein Programm zur Garantiefrage aufzustellen und der Reichsregierung zu übermitteln.

Französische Kritik am Industrieangebot.

„Ein Anfang auf der Grundlage von Tatsachen."

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L Paris, 29. Mai.

Das Memorandum der deutschen Industrie wird vom „Temps" analysiert. Zur Einleitung dient ein Wort des Kanzlers Cuno, das angeblich in Deutschland herum erzählt wird. Der Kanzler soll (!) gesagt haben: „Wenn wir den Franzosen nachgeben, verlieren wir Bayern; wenn wir den Bayern nachgeben, verlieren wir das Ruhrgebiet. Der Himmel mag geben, daß wir nicht beides zugleich verlieren." Aus dieser Bemerkung wird die Folgerung hergeleitet, daß die Reichsregierung durch den passiven Widerstand sich selbst in eine Lage gebracht habe, aus der sie sich nicht herausfinden könne. Die nationalistischen Parteien im Reich und die bayerische Regierung verhinderten jede Konzession an die Alliierten, und die Großindustriellen, die materielle Hilfe bringen könnten, knüpften an ihren Beistand Bedingungen. Wenn die Franzosen zeigen wollten, daß die deutsche Reichseinheit ihre Unbequemlichkeiten habe, dann dürften sie mit der Wirkung zufrieden sein. Das deutsche Volk erkenne jetzt auf seine eigenen Kosten die Machtlosigkeit der zentralen Regierungsgewalt, auf die es so großen Wert lege. Aber Frankreich wünsche sich nicht in die inneren Angelegenheiten des Reiches einzumischen; es wünsche bekanntlich überhaupt nichts anderes als die Regelung der deutschen Schuldenverpflichtungen, wie das eben erst der Präsident der Republik in Mülhausen erneut erklärt habe. Nach diesen Variationen über ein bekanntes Thema kommt der „Temps" auf das Programm der deutschen Industrie. Die offiziöse Zeitung bestreitet nicht, daß dieses Programm einige Aufmerksamkeit verdiene. Es habe mindestens zwei Vorzüge. Erstens zeige es, daß die Leute, welche über den „wahren Reichtum Deutschlands" verfügten, sich selbst für fähig hielten, eine halbe Milliarde Goldmark jährlich zu zahlen. Zweitens werde nicht mehr von den internationalen Anleihen gesprochen, welche im Augenblick unerreichbar wären, sondern von ernsthaft gesicherten Jahreszahlungen. Dieses sei zwar nur ein Anfang, und noch immer nicht viel mehr als Worte, aber **die Unterhaltung beginne doch auf der Grundlage von Tatsachen geführt zu werden** — ein Beweis, daß die Ruhrbesetzung ihre Wirkung tue (!). Diesen beiden Vorzügen ständen sehr viel Fehler gegenüber, die der „Temps" nicht weiter aufzählen will, weil sie schon von deutschen Zeitungen erwähnt worden seien. Die leitende Idee des ganzen Programms scheine der Gedanke einer gründlichen Reorganisation zu sein. Die Industriellen glaubten, daß die Eisenbahnen ertragreich werden sollten, daß die deutschen Arbeiter mehr arbeiten sollten, und daß der Export vermehrt werden sollte. Nur unter diesen Bedingungen wollten sie die Garantien für die Zahlungen mit übernehmen. Der „Temps" glaubt, daß an diese Bedingungen drei Fragen geknüpft werden müßten. Zunächst wäre festzustellen, ob die Industriellen nicht imstande wären, mehr als nur die 200 Millionen Goldmark im Jahr zu garantieren, welche sie aus ihren eigenen Mitteln garantieren wollten. Denn sie hätten durch die Hausse der Industriewerte enorm verdient. Dann wäre zu überlegen, was England dazu sagen würde, wenn die Ausfuhr Deutschlands so gesteigert werden solle. Endlich das Wichtigste: Wie könne die deutsche Regierung die Forderung der Industriellen erfüllen, wenn die Arbeiter nicht einverstanden seien? Streik in den Fabriken und allen öffentlichen Betrieben wäre die Folge.

Poincaré kommt nach Brüssel.

Französisch-belgische Konferenz am 6. Juni.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L Paris, 29. Mai.

Im „Temps" wird in einem Havas-Telegramm aus Brüssel mitgeteilt, daß die Besprechung Poincarés mit den belgischen Ministern am 6. Juni stattfinden werde, und zwar in Brüssel. Die belgische Regierung habe dem französischen Ministerpräsidenten mitgeteilt, daß Jaspar sehr gern an der Besprechung teilnehmen würde, aber durch seinen Gesundheitszustand verhindert wäre, die Reise nach Paris anzutreten. Darauf habe Poincaré wissen lassen, er sei unter diesen Umständen gern bereit, selbst nach Brüssel zu kommen. Eine offizielle Bestätigung dieser Nachricht durch das französische Außenministerium ist bisher noch nicht erfolgt.

Italien und die französischen Rüstungen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rom, 29. Mai.

Die italienische Presse fährt in ihrer herben Kritik der französischen Politik fort, wobei ein Leitartikel der „Epoca" die seltsame Reise Le Ronds nach Cattaro hervorhebt. Während Foch dem polnischen und dem tschechischen Heere die Revue abnehme, reise der durch Intrigen mit Korfanty berüchtigte Le Rond nach Cattaro und inspiziere die im Werden begriffene jugoslawische Flotte, die dereinst als Hilfsgenossin einer gewissen anderen Flotte Italien höchst gefährlich werden könne. Ueberall in der Welt schaffe Frankreich Angriffszentren gegen Italien, auch wenn es behaupte, seine Rüstungen seien nur gegen das doch wehrlose Deutschland gerichtet. Warum dann immer wieder neue strategische Bahnen an der italienischen Grenze? Warum die Landung von Senegalneger in Korsika? Warum die geheime Unterstützung der sardinischen Autonomieparteien? Dies sei Frankreichs Dank dafür, daß Italien den Franzosen die Aufteilung Oberschlesiens gestattete.

Havenstein über den Marksturz.

Der erste Tag des Untersuchungsausschusses.

Von

Dr. Arthur Heichen.

Der Untersuchungsausschuß des Reichstags zur Prüfung der Ursachen des letzten Marksturzes, dessen Verhandlungen die Oeffentlichkeit mit großer Spannung entgegengesehen hat, ist gestern zur ersten öffentlichen Sitzung zusammengetreten. Von den Vertretern des Reichsfinanzministeriums und des Reichswirtschaftsministeriums wurde einleitend ein historischer Ueberblick über die Entwicklung der Devisengesetzgebung, über die alte und die neue Devisenordnung sowie über die Wechselstubenordnung, über die Ursachen und Gründe, die zu dieser Gesetzgebung geführt haben, gegeben. Was da zu hören ist, sind alles recht bekannte Dinge, die jeder interessierte Zeitungsleser kennt, und derentwegen man eigentlich keinen Untersuchungsausschuß braucht. Aber als Präludium mögen die Dinge von der Oeffentlichkeit hingenommen werden. Von Mitgliedern des Untersuchungsausschusses werden unter anderem Fragen über die Bewährung der Devisenbeschaffungsstelle gestellt, Fragen, die vom eigentlichen Problem weit hinwegführen. Dem Kern der Dinge nähern sich — teilweise recht weit ausgreifende — Zwischenfragen der Abgeordneten Schmidt und Hertz. Wie ist die Ruhraktion finanziert worden, hat wirklich eine mißbräuchliche Benutzung der Ruhrkredite zum Ankauf von Devisen und Effekten oder zur Weiterverleihung von Geldern zur Erzielung von Zinsdifferenzen stattgefunden? Der Vertreter des Reichsfinanzministeriums erklärt dazu klipp und klar, daß seinem Ressort nicht ein einziger positiver Fall solcher mißbräuchlichen Verwendung zur Kenntnis gebracht worden ist.

Das Referat des Reichsbankpräsidenten Havenstein bringt den Höhepunkt des Tages. Er entwickelt zunächst ein allgemeines Bild der Stützungsaktion und gibt einen Ueberblick über die Kursgestaltung der letzten Wochen und Monate. „Mit aller Offenheit", wie er selbst sagt, muß er erklären, daß das Ergebnis der Dollaranleihe ihn, der nicht zu den Optimisten gehört habe, enttäuscht hätte. Industrie und Handel und das Kapitalistenpublikum hätten zum Erfolg der Dollaranleihe nicht in dem Maße beigetragen, wie das dem Gebot der Stunde und der moralischen Pflicht der Devisenbesitzer entsprochen hätte. Diese Erklärung des Leiters der Reichsbank sticht recht deutlich ab von den Kommentaren, die von anderer Seite über das Ergebnis der Dollaranleihe gegeben worden sind. Kein anderer als Max Warburg hatte ja den schlechten Ausfall der Anleihe auf den mehr oder weniger geringen deutschen Devisenbesitz zurückführen wollen. In der Erklärung des Reichsbankpräsidenten ist von solchen Dingen nichts zu hören. Und Herr Havenstein gehört sicherlich nicht zu denen — das ergab sich aus seinen Ausführungen —, die die valutarische Hamsterreserve in Deutschland und die den Valutenbesitz der deutschen Privatwirtschaft überschätzen. Seiner bekannten und vielerörterten Erklärung in der Zentralausschußsitzung vom 23. April gibt Herr Havenstein einen „Nachtragskommentar", der sachlich nichts Neues bringt, der aber gewisse Unterstreichungen und Betonungen enthält, aus denen mancher vielleicht eine „Verschiebung des Tenors" herauszuhören glaubt. Er bestritt mit aller Entschiedenheit, daß er seinerzeit einzelne bestimmte Tatsachen im Auge gehabt hätte. Mit seinen Vorwürfen und seinen Feststellungen habe er — und in dieser Erklärung kulminierte recht eigentlich seine Rede — weder eine bestimmte Wirtschaftsgruppe, noch bestimmte Einzelpersonen oder gar einzelne Wirtschaftsführer im Auge gehabt. Wenn der Sturz der Mark der Schwerindustrie zur Last gelegt worden sei, dann sei dieser Vorwurf vollkommen unberechtigt.

Um das zu beweisen, gibt der Reichsbankpräsident einen Ueberblick über die statistische Position des Devisenmarktes vor und nach dem Marksturz. Die Devisenanforderungen, die nach dem Durchbruch der Markstützungsaktion an die Reichsbank gestellt wurden, seien zahlenmäßig so groß gewesen, daß sie mit dem normalen Bedarf der Wirtschaft nicht mehr haben erklärt werden können. Anforderungen, die nach seinen Berechnungen in ihrer Gesamtheit mehr als das doppelte des normalen Defizites der deutschen Zahlungsbilanz ausmachen, sind nach seiner Auffassung ein Beweis dafür, daß für den Sturz der Mark weder einzelne Personen, noch einzelne Industriezweige verantwortlich zu machen sind. Ein solcher gesteigerter Bedarf überschreite die Potenzen individueller Kreise. Aber das eine hätten die notwendig gewordenen Devisenabgaben der Reichsbank zweifellos bewiesen, daß breiteste deutsche Wirtschaftskreise — nach dem Mißerfolg der Dollaranleihe — von einer Panikstimmung erfaßt wurden, die schließlich dazu führte, daß nicht nur der notwendigste Bedarf der Gegenwart befriedigt, sondern darüber hinaus Vorrats- und Hamsterkäufe für die Zukunft, ja sogar Wiedereindeckung der in der Zeit der Markstabilität abgegebenen Devisen getätigt worden seien. Aber an diesen Eindeckungen seien, das wurde von Herrn Havenstein immer wieder mit Nachdruck betont, nicht einzelne Per-